

Die Bäckereien und die Mehlauteilung.

Noch immer kommen Klagen an uns, daß Bezirks-hauptmannschaften und Gemeindevorstände bei der Zuteilung von Mehl den größeren Bäckereien, einerlei ob sie private oder Genossenschaftsbäckereien sind, nicht gerecht zu werden verstehen. Jene von unseren Bürokraten, die in wirtschaftlichen Dingen wenig unterrichtet sind, scheinen sich von der Vorstellung aus ihrer Kindheit nicht befreien zu können, wo der Backbetrieb in kleinen Kellerbäckereien mit Meister, Gesell und Lehrbub vor sich ging, die nächste Nachbarschaft mit warmen Semmeln bediente und gelegentlich Kuchen zum Backen übernahm. Wohl gibt es noch solche Betriebe, aber in Stadt und Land ist aus dem Handwerk eine Industrie geworden. Sie arbeitet mit Maschinen — auch kleinere Bäckereien verwenden sie, solche sind eben Kleinindustrielle —, erzeugen Waren für bestimmte Kunden und den unbestimmten Markt und liefern auch über den Wohnort hinaus. Mittelbetriebe auf dem Lande halten Fuhrwerk, mit dem sie selbst oder gewerbsmäßige Wiederverkäufer die Ortschaften abfahren. Die ländlichen Konsumvereinsbäckereien versorgen die Verschleißstellen des Vereines, welche sich in Industriegegenden oft über zwanzig und mehr Ortschaften verteilen. Bäcker vor dem Weichbild größerer Städte liefern in die Stadt, Stadtbäckereien auf das Land. Die zwei größten Wiener Brotfabriken liefern in die entferntesten Orte Niederösterreichs, selbst über die Landesgrenze.

Die Zuteilung von Mehl schafft so ein Problem, dem unsere Behördenorganisation nicht gewachsen scheint. Die Zuteilung erfolgt durch die Bezirks-hauptmannschaften und die Gemeindevorstände. Das gibt Anlaß zu holdem Wirrsal. Die Hammerbrotwerke zum Beispiel liegen an der Verzehrungsfeuerlinie Wiens in Schwechat, stehen also unter der Bezirks-hauptmannschaft Bruck an der Leitha, versorgen aber Wien zum großen Teil mit Brot. Die Genossenschaftsbäckerei in Außsig an der Elbe, ein altes, blühendes, allgemein beliebtes Institut, versorgt nicht nur die Stadt Außsig, sondern die meisten Ortschaften der Bezirke Außsig und Bodenbach, liefert aber auch in den Leitmeritzer und Teplitzer Bezirk. Die junge Konsumvereinsbäckerei in Altrohlau, das vor den Toren von Karlsbad liegt, versorgt einundfünfzig Ortschaften der Umgebung, die von Porzellan- und Bergarbeitern bewohnt sind, die Tiroler Arbeiterbäckerei in Innsbruck setzt ihr Produkt im ganzen Innthal und südlich über den Brenner bis Bozen und Meran ab. Ähnliches gilt für Graz, Leoben, Linz, Reichenberg, Rumburg u. s. w. Eine Marburger Mühle und Bäckerei beschickt die ganze Linie Marburg—Franzensfeste. Je größer das Absatzgebiet und der Absatz, um so rationeller die maschinelle Einrichtung, um so hygienischer der Betrieb, um so billiger das Produkt. Eine heilsame Entwicklung, in die jetzt auch das Selchergewerbe immer mehr eintritt. Sind solche Betriebe rein kapitalistisch betrieben, so gestalten sie sich unter Umständen sehr gewinnreich; sind sie genossenschaftlicher Natur, so gewähren sie den beschäftigten Arbeitern manchen sozialpolitischen Vorteil und allfällige Ertragnisse fließen an die Konsumenten wieder zurück.

Während sich so alle Welt umgestaltet und neuen Daseinsformen zustrebt, bleiben zwei Dinge unerschütterlich fest, die Bezirks-hauptmannschaften nach dem Gesetz vom Mai 1869 und die Gemeindevertretungen nach dem Schmerling'schen Wahlkörpersystem von 1863. Diese Gemeindegeseze, die einstmal wirklich die „Blüte“ des Bürger-tums bevorrechtet haben mögen, machen jetzt die veraltete Form des Lebensmittelgewerbes zum Ortsgebiete, die meisten Gemeindevertretungen sind gleichsam geistige Kellerbäckereien geworden. Dieser ortseinsässige veraltete Teil des Gewerbes hat oft die politische Macht in der Gemeinde und versucht sie zu seinem wirtschaftlichen Vorteil auszunützen. Nur ortseinsässige Bäcker sollen Mehl bekommen, und nur für den Absatz im Orte. Die modernen Betriebe bestürmen die Bezirks-hauptmannschaften, diese beeilen sich, abzuwehren. Aber wie? Von mehreren Orten erhalten wir die Nachricht, daß das Mehl den einzelnen Gemeinden zugewiesen, aber von den einzelnen Gemeinden auch der auswärtige Brotlieferant verhältnismäßig beteiligt werden muß. Gerecht, aber etwas umständlich und unwirtschaftlich: denn nachdem das Mehl in der Bezirksstadt eingelangt ist, soll es in die großen und kleinen Orte verführt werden; die Bäckerei in der Bezirksstadt holt es wieder von den einzelnen Ortschaften zusammen (wenn der Ortsgewaltige es über sich gebracht hat, den Gewatter-Bäckermeister zu kränken!), verpackt es und verfrachtet das Brot wieder in die einzelnen Ortschaften. Ueber diesen Vorgang mußte erst Beschwerde geführt, er mußte erst durch ministerielle Weisung abgestellt werden. Noch schlimmer ist, daß einzelne Ortspaschas ihrem aus Konkurrenzneid entsprungeneu Haß gegen die genossenschaftliche Organisation des Konsums die Zügel schießen lassen und entscheiden wollen: Konsumvereine bekommen überhaupt nichts! Der Zentralverband österreichischer Konsumvereine hat der Regierung in einer Eingabe von diesen Vorgängen Bericht erstattet und Abhilfe gefordert. Ein Regierungserlaß — er ist unseres Wissens leider nicht kundgemacht — soll den Verwaltungsbehörden vorge-schrieben haben, den Konsumvereinen auf Grund ihrer Mitgliederzahl die nötigen Mehlmengen zuzuteilen.

Trotzdem weigern sich, wie man uns neuerdings schreibt, viele Gemeindevorstände Deutschböhmens, ihre Pflicht zu tun und die Versuche zu unterlassen, den Notstand des Krieges zu unlauteren Konkurrenzmanövern zu Gunsten ihrer Gewatterschaft zu mißbrauchen. Die Abgeordneten G i l e b r a n d, S ö w und P a l m e haben bei der Bezirks-hauptmannschaft Karlsbad Abhilfe gefordert — wie es scheint, vergebens. Die Bezirks-hauptmannschaft hat den Gemeindevetretern vorgeschrieben, wenigstens getrennt die auf die im Orte wohnhaften Vereinsmitglieder entfallenden Korn- und Mehlmengen an den Konsumverein Altrohlau abzuliefern. Unter den einundfünfzig Gemeinden, für die die Altrohlauer Bäckerei arbeitet, haben bloß die Vorsteher von zwei Orten ihre Pflicht erfüllt, so daß der Verein seine Bäckerei diesen Samstag einstellen mußte! Tut es wirklich not, daß eine so einfache, klare Sache

durch alle Instanzen gezerrt wird, daß zu ihrer Lösung die Intervention von Volksvertretern bis in die Zentralstelle aufgeboten wird? Mag auch unsere zivile Verwaltungsorganisation aus einem anderen Jahrhundert stammen, das wird sie doch treffen, die Notstandsaktion so durchzuführen, daß sie nicht von ortsgewaltigen Kellerbäckern zur Kundenabtreiberei durch politische Machtmittel mißbraucht wird!